

José Antonio González Soriano

Das Recht auf Erinnerung

Wechselfälle der spanischen Rechtsordnung über die Historische Erinnerung*

Im heutigen Prozess der Anerkennung von im Wesentlichen kollektiven sozialen und kulturellen Rechten nimmt das Recht auf Historische Erinnerung einen einzigartigen Platz ein. Die Implikationen dieses Rechtes gehen über die Konfiguration sozialer Identität hinaus und wurzeln in den zeitlosen Forderungen nach Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Es begründet also einen unausweichlichen moralischen Horizont in der Bedingung der Staatsbürgerschaft.

In Spanien wurde die Erinnerung an alle Opfer der Franco-Diktatur durch politische Interessen zurückgedrängt, die der Autor dieses Artikels als illegitim bezeichnet und die nicht dem ethischen Niveau entsprechen, das für die freie Entwicklung eines demokratischen Zusammenlebens erforderlich ist. Die Wiederherstellung dieser Historischen Erinnerung stellt eine rechtliche und kulturelle Herausforderung erster Ordnung dar beim Aufbau eines gemeinsamen europäischen Raums mit demokratischen Werten und unveräußerlichen Bürgerrechten.

Alle zeitgenössischen Reflexionen über die Historische Erinnerung (*memoria histórica*) nehmen als Quelle ihrer Inspiration einen berühmten Text von Walter Benjamin (1892-1940), dessen Ausdruckskraft keiner weiteren Einführung bedarf:

„Es gibt ein Bild von Klee, das *Angelus Novus* heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muß so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, daß der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm.“¹

Diese Passage stammt aus seinen Thesen „Über den Begriff der Geschichte“, an denen Benjamin im Jahre 1940 während der letzten Monate seines Lebens ununterbrochen schrieb. Die Auffassung, wonach der Verlauf der Geschichte Fortschritt, Aufstieg und Verheißung bedeutet (einer der Dreh- und Angelpunkte des illustrierten Denkens), fällt durch die eindrucksvolle Metapher Benjamins, die die historische Vergangenheit als eine unablässige Anhäufung von Katastrophen, Schmerz, Demütigung, Frustration, Machtlosigkeit und Ungerechtigkeit identifiziert, auf den Boden der Tatsachen.

Die Auffassung über die genuine Bedeutung von Geschichte, diese Auffassung, die der *Angelus Novus* gerne eingeführt hätte, ist nicht die der Geschichtsbücher, die von den Taten

und Ereignissen der Sieger erzählen als eine Folge von Fakten ohne Logik oder interne Verbindung. Es ist vielmehr die Bedeutung, die in der vergessenen Geschichte der Besiegten, der Unterdrückten, der Ausgebeuteten, der Verschleppten, der Verfolgten und der Vernichteten zu entdecken ist. Der Engel möchte zurückkehren und die Geschichte gegen den Strich bürsten, um aus ihr das alles zu retten, was hätte existent und blühend sein müssen, und dennoch dessen ungeachtet unterdrückt wurde: alle abgeschnittenen Möglichkeiten, alle zerstörten Projekte („die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen“), aber der Sturm des Fortschritts, der durch seine Flügel weht, verhindert das absolut. Jedoch hat der kritische und reflexive Geist selbst, der im Kern der Illustration liegt, Bekanntschaft mit dem Engel der Geschichte gemacht. Dessen gegenwärtige Verkörperung trägt den Namen *Historische Erinnerung*.

Dieses Konzept hat erst vor Kurzem in Spanien in der öffentlichen Meinung einen zentralen Platz eingenommen. Einige Quellen, die zu seiner Formulierung beigetragen haben, gehen auf den 1931 geborenen französischen Historiker Pierre Nora zurück und auf seine Arbeiten zum Bürgerbewusstsein über fundamentale Ereignisse in der Vergangenheit wie die Kolonialherrschaft oder die Französische Revolution.² Das Konzept hat teilweise auch Bedeutung erlangt als Kernkonzept für die Prozesse der Rekonstruktion von Identität derjenigen sozialen Gruppen, die bisher vom Stigma der Unsichtbarkeit gekennzeichnet waren: Frauen, Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner, indigene Menschen, kolonisierte Kulturen, Arbeiterinnen und Arbeiter, politisch Verfolgte, usw. Es sind all diese besiegten Massen, die sich zu einem Berg von Ruinen anhäufen, der sich unter dem ängstlichen Blick des *Angelus Novus* erhebt.

* Der Artikel wurde von Kuno Rinke aus dem spanischen Original übersetzt.

1 Walter Benjamin (1940): Über den Begriff der Geschichte, in: Gesammelte Schriften. Band 1, Zweiter Teil, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1974, S. 691-704, hier S. 697 f.

2 Pierre Nora (dir.): Les Lieux de mémoire, en trois tomes (Bibliothèque illustrée des histoires), Paris: Gallimard 1984 (T.1: La République), 1987 (T. 2: La Nation), 1992 (T. 3: Les France) (3 vol., 1992). Eine stark gekürzte deutsche Ausgabe ist erschienen unter dem Titel „Erinnerungsorte Frankreichs“, München: Beck 2005.



Foto: Kuno Rinke

Im südspanischen Placencia (Extremadura) ist bis heute ein Denkmal der Franco-Zeit zu sehen. Es steht im *Parque de Los Pinos* (Pinienpark), vormals *Parque de Los Caídos* (Park der Gefallenen). Die vollständige Inschrift auf der Vorderseite lautet: *CAIDOS POR DIOS Y ESPAÑA* (GEFALLEN FÜR GOTT UND VATERLAND).

Die Anstrengung, die Historische Erinnerung zu aktualisieren, ist in den meisten Fällen mit einem Prozess der kulturellen Erneuerung (oder *Regeneration*) verbunden, durch den Mystifikationen und Pseudowahrheiten aus der Dominanzkultur verscheucht werden müssen. Es ist eben diese kollektive Kultur, die für die Eliten geschrieben wurde, die die Nation regierten und die bis heute in die offizielle Version der Geschichtsschreibung übertragen wird (und als solche erhalten bleibt). Angesichts dieser Definitionsmacht, die die Eliten über das kollektive Bewusstsein entfalten können, vor allem durch die Massenkommunikationsmittel, können die Bevölkerungsgruppen nur auf ihren Anspruch auf *Historische Erinnerung* zurückgreifen, damit dieses *Tribunal der Erinnerung* die Existenz der vergangenen Geschehnisse zu *Protokoll nimmt* und die Verbrechen anerkennt, die mit der Bedeutungslosigkeit begangen wurde, auf die die Grundrechte dieser Gruppen reduziert wurden.

Im Kreise der sozialen Rechtsstaaten hat der Anspruch auf Historische Erinnerung in einigen Angelegenheiten schon den Gesetzgebungsprozess erreicht. Dies ist in Spanien geschehen, einem Land, das als Folge eines Bürgerkrieges isoliert blieb, der 1936 durch einen Staatsstreich gegen die republikanische Regierung von Präsident Manuel Azaña ausgelöst wurde und der die Vorhut für eine Serie von Militärputschen durch Gene-

ral Franco war. Ermutigt und finanziert durch Großgrundbesitzer und Finanzgruppen, die durch den sozialistischen und reformerischen Kurs alarmiert waren, den die Regierung der Volksfront im Ausgang der Februarwahlen desselben Jahres eingeschlagen hatte, zählten die Putschisten darüberhinaus auf die Unterstützung und den Segen der katholischen Kirche. Die Militärrebellanten erhielten die Unterstützung des italienischen faschistischen Regimes und von Nazi-Deutschland. Auf spanischem Boden erprobte Hitler einige seiner *modi operandi*, die er später auf dem übrigen europäischen Boden unerbittlich ausführte. Dies war der Fall bei der bekannten und vollständigen Bombardierung der baskischen Ortschaft Guernica durch ein Geschwader der deutschen Luftwaffe, was Picasso in seinem faszinierenden Gemälde ausdrückte.

Der Bürgerkrieg, der fast drei Jahre dauerte, bereitete den Weg zu einer faschistischen Militärdiktatur unter der Führung von General Franco, die bis zu dessen natürlichem Tod im Jahre 1975 Bestand hatte. Die fast vierzig Jahre des totalitären Regimes hinterließen Hunderttausende von im Kampfe Gefallenen und weitere Hunderttausende Tote, die durch die systematische Repression der Apparate des neuen Staates ermordet wurden. Letztere wurden mehrheitlich an unbekanntem Orten in Massengräbern verscharrt, und sie werden im gegenwärtigen Erinnerungsdiskurs als „in den

Straßengräben verlassene Leichname³ bezeichnet. Diese Repression bestand während der gesamten Dauer des Regimes bis zum Übergang zur Demokratie (*transición*), 1975-1982, grundsätzlich fort, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Zusammen mit der abscheulichen Anhäufung von Leichnamen der Gefolterten hinterließ die Diktatur andere Zeichen ihrer totalitären Herrschaft: Denkmäler, Institutionen und Namen von Straßen und Plätzen. Diese physischen Zeugnisse wirken wie ein ewiges Erinnerungszeichen an die absolute Macht und extreme Gewalt, die das franquistische Regime in allen Schichten der Gesellschaft entfesselte (siehe Foto).

Das Gesetz zur Historischen Erinnerung von 2007

Im Dezember 2007 verabschiedete das spanische Parlament während der Regierung der Sozialistischen Arbeiterpartei (*PSOE: Partido Socialista Obrero Español*), das Gesetz zur Historischen Erinnerung (*La Ley de Memoria Histórica*).⁴ Unter Bezug auf die Empfehlung (*recommendation*) der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, – die am 17. März 2006 in Paris unterzeichnet wurde und die schweren Verletzungen der Menschenrechte in Spanien in den Jahren 1939 bis 1975 brandmarkte⁵ – wurde der Franquismus verurteilt. In seiner Begründung geht das neue Gesetz von der Überlegung aus,

„dass die verschiedenen Aspekte, die mit der persönlichen und familiären Erinnerung verbunden sind, vor allem dann, wenn sie von Konflikten öffentlichen Charakters betroffen sind [wie Kriege, Staatsstreich, Rebellionen, Revolutionen, usw., J.A.G.], zum Rechtsstatus der demokratischen Bürgerschaft gehören“, ebenso wie die Anerkennung „des individuellen Rechtes eines jeden Bürgers auf persönliche und familiäre Erinnerung.“⁶

Unmittelbar nach der Verabschiedung des Gesetzes wurden diese Positionierungen von den konservativen Parteien und sozialen Kräften in Frage gestellt, und viele dieser Kräfte haben eindeutige soziale und gefühlsmäßige Bindungen zum Franquismus.

3 Vgl. dazu: Santos Juliá (coord.) (2006): *Víctimas de la guerra civil*. Ediciones Temas de Hoy. Editorial Grupo Planeta, Barcelona, passim

4 Ley 52/2007, de 26 de diciembre, por la que se reconocen y amplían derechos y se establecen medidas en favor de quienes padecieron persecución o violencia durante la guerra civil y la dictadura. BOE (Boletín Oficial del Estado) núm. 310, de 27 de diciembre de 2007. Agencia Estatal del Boletín Oficial del Estado. Gobierno de España.

Die offizielle Bezeichnung des Gesetzes lautet: Gesetz, „wodurch Rechte anerkannt und erweitert und Mittel für jene geschaffen werden, die während des Bürgerkrieges und der Diktatur Verfolgung und Gewalt erlebten.“ Der Text kann heruntergeladen werden unter: Agencia Estatal del Boletín Oficial del Estado. Gobierno de España (www.boe.es/boe/dias/2007/12/27/pdfs/A53410-53416.pdf; 23.8.2018)

5 Recommendation 1736 (2006): Need for international condemnation of the Franco regime. Text adopted by the Standing Committee, acting on behalf of the Assembly, on 17 March 2006 (Parliamentary Assembly, <http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=17417&lang=en>; 22.10.2018)

6 Ley 52/2007, a.a.O., S. 53410

Die Ziele des neuen Gesetzes werden in Artikel 1 auf folgende Weise formuliert: Es sollen

„die Rechte zugunsten derjenigen anerkannt und erweitert werden, die während des Bürgerkrieges und der Diktatur Verfolgung oder Gewalt aus politischen, ideologischen oder religiösen Gründen erlitten haben; es soll ihre moralische Wiedergutmachung und die Wiederherstellung ihrer persönlichen und familiären Erinnerung gefördert werden und es sollen ergänzende Maßnahmen ergriffen werden, um Spaltungen unter den Bürgern zu beseitigen. All dies mit dem Ziel, den Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den verschiedenen Generationen von Spaniern gemäß der Werte, Prinzipien und verfassungsmäßigen Freiheiten zu fördern.“⁷

Allerdings nahmen die Kräfte, die gegen das Gesetz waren und deren konservative Hauptkraft die *Partido Popular* (Volkspartei) ist, jede sich nur ergebende Gelegenheit wahr, um gegen das Gesetz vorzugehen. So betrachteten sie zum Beispiel die Absichten und den Umfang des Gesetzes allein unter der Perspektive der Abrechnung und der (wenn auch symbolischen) Wiederaufnahme von Feindseligkeiten, die der „Wind des Fortschritts“ der Geschichte endgültig hinter sich gelassen zu haben schien.

Der Gesetzestext wurde so konzipiert, dass er gemäß den Angaben von nationalen und internationalen Verbänden in einer Reihe von Bereichen angewendet werden kann. Neben anderen Mitteln sieht das Gesetz in Artikel 10 das Recht auf Entschädigung vor „zugunsten aller Personen, die ihr Leben in Verteidigung der Demokratie verloren haben [...] und zu Gunsten derjenigen Personen, die bis heute keinen Ausgleich erhalten haben, der ihnen geschuldet ist.“⁸

Weiterhin werden in Artikel 15 und 16 eine Reihe von Bestimmungen festgelegt,

„die sich auf die Symbole und Denkmäler beziehen, die mit dem Bürgerkrieg und der Diktatur in Verbindung gebracht werden, gestützt auf das Prinzip, sämtliche Schwärmerei für Militäraufstände, für den Bürgerkrieg und für die Repression der Diktatur zu vermeiden, in der Überzeugung, dass die Bürger ein Recht darauf haben, dass die öffentlichen Symbole Gelegenheit für Begegnungen geben mögen und nicht für Konfrontation, Beleidigung oder Herabsetzung.“⁹

Der frontale Widerstand gegen das Gesetz

Es gab hartnäckigen Widerstand gegen die Absichten, herrlichende Denkmäler abzubauen oder auch Straßennamen zu ändern, die unter dem Franquismus umbenannt wurden wie zum Beispiel die *Avenida Generalísimo Franco*, *Avenida General Mola*, *Avenida de José Antonio*, *Plaza de la Falange Española*. Die Anhänger einer Erneuerung im demokratischen Sinne verwendeten ein drastisches Bild, wonach ohne diese Änderung eine imaginäre deutsche Städtelandschaft bestehe, die in der Gegenwart Straßen oder Plätze dem „Dritten Reich“, dem „Führer“ oder Heinrich Himmler widme, um nur einige Beispiele zu nennen.

7 Ley 52/2007, ebd., S. 53411

8 Ley 52/2007, Exposición de motivos, a.a.O., S. 53410; vgl. dazu: Artikel 10, a.a.O., S. 53413

9 Ley 52/2007, ebd., S. 53410 f.; vgl. Artikel 15 und 16, S. 53414

Den größten Widerstand riefen Artikel 11 bis 14 hervor, in denen anerkannt wird, „dass nicht wenige Personen den Verbleib ihrer Familienangehörigen nicht kennen, einige noch in Massengräbern,“ dass es aber „ihre legitime Forderung“ sei, dies zu erfahren und dass die staatliche Verwaltung „Mittel und Instrumente zur Lokalisierung und Identifizierung der Verschwundenen zur Verfügung stellen“ müsse, „um sie bei dieser Suche zu unterstützen“. Dies alles sei zugleich „ein letzter Beweis von Respekt gegenüber den Opfern.“¹⁰

Dass es dazu kommt, die Wahrheit des Genozides, der durch die Diktatur ausgeübt wurde, buchstäblich auszugraben und als ein Bürgerrecht anzusehen – sowohl derjenigen, die direkt betroffen sind als auch derjenigen, die dies nicht sind –, und dass der Staat die effektive Garantie für das Gesetz übernimmt, sind der Praxistest dafür, dass das Gesetz nicht übergangen werden kann.

Gemeindeverwaltungen und autonome Gemeinschaften, die *durch die Rechte regiert* werden, blockieren systematisch die Initiativen zur Öffnung von Gräbern und zur Lokalisierung der sterblichen Überreste der Verschwundenen. Als dann zu Beginn des Jahres 2011 die *Partido Popular* in die Regierung eintrat, zog sie die gesamte Finanzierung des Gesetzes zur Historischen Erinnerung zurück, mit dem Ergebnis, dass es während ihrer gesamten Regierungszeit ohne reale Wirkung blieb.

Es gibt vor allem zwei Schauplätze, auf denen der frontale Widerstand gegen die Umsetzung des Gesetzes eine tiefe Wunde in der öffentlichen Meinung erzeugt hat und immer noch hervorruft: die Lokalisierung der sterblichen Überreste des Dichters Federico García Lorca aus Granada (er wurde im Morgengrauen des 18. August 1936 von Faschisten umgebracht) und das zukünftige Ziel des pharaonischen Grabmales im „Tal der Gefallenen“ (*El Valle de los Caídos*)¹¹, wo „der einzig wahre“ Franco begraben ist, einige 10 Kilometer entfernt vom Kloster *El Escorial*¹².

Im ersten Fall ist es die Familie des Dichters (er ist ein Symbol der Verbindung von Volk und Freiheit) selbst gewesen, die eine Exhumierung seiner sterblichen Überreste ablehnte, obgleich die vermutete Grabstelle zwar gefunden wurde, die sterblichen Überreste des Dichters aber noch nicht aufgespürt wurden, dort, wo Lorca gemeinsam mit anderen

10 Ley 52/2007, ebd., S. 53410; vgl. Artikel 11 bis 14, S. 53413 f.

11 Die vollständige Bezeichnung lautet „*Monumento Nacional de Santa Cruz del Valle de los Caídos*“ (Nationalmonument des Heiligen Kreuzes im Tal der Gefallenen).

12 El Escorial ist eine Gemeinde im Nordwesten der Autonomen Gemeinschaft Madrid. Sie liegt in der Sierra de Guadarrama und ist etwa 46 Kilometer von der Hauptstadt Madrid entfernt. Der *Real Sitio de San Lorenzo de El Escorial* (Königlicher Sitz Sankt Laurentius von El Escorial) ist eine Schloss- und Klosteranlage, die in den Jahren 1563 bis 1584 im Auftrag von König Philipp II. von Spanien in der Ortschaft *San Lorenzo de El Escorial* errichtet wurde. Vgl. dazu die Webseite der staatlichen Behörde Patrimonio Nacional (www.patrimonionacional.es/real-sitio/real-sitio-de-san-lorenzo-de-el-escorial; 8.9.2018).

Gefährten ermordet wurde, in der Nähe der Ortschaft Alfacar, nicht weit entfernt von seinem Granada.

Beim „Tal der Gefallenen“ dreht sich die Polemik um die Frage, welchen Sinn in unserer Zeit noch eine solche ungewöhnlich gigantische, seltsame und lächerliche Konstruktion macht, die als Gemeinschaftsgrab für Kämpfer beider Seiten des Bürgerkrieges dient, aber zugleich ein gigantisches Monument des Franquismus darstellt und der Ideologie, auf die er sich stützte, dem *Nationalkatholizismus*.

Es ist nahezu unvermeidlich, sich erneut vorzustellen, wie sich die Mehrheit der deutschen Bevölkerung (und weltweit) fühlen würde, wenn sich in der Umgebung von Berlin ein grandioses Denkmal erhöbe, in dem, mit allen Ehren, Adolf Hitler begraben wäre. Der zeitlose Charakter, den die Ideologen des spanischen Faschismus in den schrecklichen Hügel einbringen wollten, spiegelt sich deutlich in der Erklärung wider, mit der das Projekt seiner Errichtung angekündigt wurde. Francisco Franco verkündete am 1. April 1940 in seinem Dekret:

„Die Dimension unseres Kreuzzuges, die heldenhaften Opfer, die der Sieg einschließt, und die Transzendenz, die dieser Epos für die Zukunft Spaniens gehabt hat, können nicht dauerhaft bleiben durch die einfachen Denkmäler, mit denen gewöhnlich in Dörfern und Städten der herausragenden Werke unserer Geschichte und der glorreichen Taten ihrer Kinder gedacht wird. Es ist erforderlich, dass die Steine, die sich erheben und die die Großartigkeit der antiken Monumente haben, der Zeit und dem Vergessen die Stirn bieten und dass sie einen Ort der Besinnung und der Ruhe schaffen, an dem die zukünftigen Generationen denjenigen Bewunderung zollen, die ihnen ein besseres Spanien hinterlassen haben.“¹³

Damit kein Zweifel daran bleibt, welche Art von Transzendenz gemeint ist, auf die sich der Text bezieht: Das Werk (ausgehoben in den nackten Felsen eines Gebirges, über das sich ein kolossales Kreuz erhebt) ist durch die Zwangsarbeit politischer Häftlinge geschaffen worden.¹⁴ Diese Enklave wird jedes Jahr von durchschnittlich zweihunderttausend Personen besucht.

In Anwendung des staatlichen Gesetzes zur Historischen Erinnerung hat die neue spanische Regierung der *Partido Socialista*, die seit dem 2. Juni 2018 besteht, die Überführung der Überreste von General Franco außerhalb des „Tals der Gefallenen“ beschlossen. Diese Anordnung hat in verschiedenen Kreisen der extremen Rechten starke Opposition hervorgerufen, und aus Gründen, die nicht klar sind, hatte die Regierung ihre Ausführung verzögert. Am 24. August 2018 schließlich verabschiedete die Regierung im Ministerrat ein Dekret, das die Exhumierung der Überreste des Diktators anordnete.

13 Presidencia del Gobierno. Francisco Franco: Decreto de 1 de abril de 1940. BOE de 2 de abril de 1940. (Boletín Oficial del Estado, <https://www.boe.es/datos/pdfs/BOE/1940/093/A02240-02240.pdf>; 25.7.2018)

14 Vgl. dazu: José María Calleja (2009): *El Valle de los Caídos*. Editorial: Espasa Libros, Madrid

Es gibt auch eine heftige Kontroverse über das Schicksal des kolossalen Denkmals, das von republikanischen Gefangenen aus den Felsen eines Berges in der Nähe von Madrid gehauen wurde. Niemandem scheint klar zu sein, was mit ihm geschehen soll. Vielleicht wäre es das Gerechteste, es zu verlassen, damit die Vegetation und die Tiere das Problem lösen, um es auch physisch in das zu verwandeln, was es bereits symbolisch ist: ein Gespenst der Vergangenheit.

Die Argumente, die von den Gegnern des Gesetzes zur Historischen Erinnerung mit ungebremsener Energie am meisten vorgebracht werden, laufen in der Aussage zusammen, nicht mehr „alte Wunden der Vergangenheit“ öffnen zu wollen, nämlich alten Hass zu erneuern, den – angeblich – unsere Gesellschaft vergessen habe. Das Schreckliche an diesem Plädoyer besteht vermutlich darin, dass die Konfrontationen in der Zivilgesellschaft wie Groll, Hass, Ressentiments, die im kollektiven Leben bis heute latent vorhanden sind, schnell wieder manifest werden, wenn ihnen – wie im Fall der Erinnerung – Gelegenheit dazu gegeben wird. Die Argumentation der Gesetzesgegner suggeriert, dass unsere Gesellschaft noch keinen unumkehrbaren Friedensvertrag geschlossen habe, der unser Zusammenleben besänftigt und dass sich diese Gesellschaft so nur auf die Fiktion eines Vergessens der Vergangenheit stützt. In Wirklichkeit ist es die Idee eines Sozialvertrages als Grundlage des sozialen Rechtsstaates, die durch diese Weise in Frage gestellt wird. Wenn die Mechanismen weiter laufen, die das politische und ökonomische Funktionieren der Gesellschaft aufrecht erhalten, dann ist dies nicht der Einigung der Bürgerinnen und Bürger auf einen Sozialvertrag der Kooperation und Solidarität geschuldet, – so scheinen diese Stimmen sagen zu wollen – sondern ausschließlich dem faktischen Interesse, die verheerenden Folgen zu vermeiden, die die gegenwärtige soziale Ordnung beunruhigen.

Auf der anderen Seite erscheint die Absage, unsere Geschichte mit ihrer Last niemals wiedergutmachter Ungerechtigkeiten kennen und erkennen zu wollen, zugleich die Angst davor zu verbergen, dass die Intensität der Schande bekannt wird, über die das gegenwärtige soziale und politische Modell errichtet wurde, das sich unmittelbar über den Fundamenten einer Diktatur und ihrer korrespondierenden Klassenordnung erhebt. Und es ist diese Grundlage, die es erforderlich macht, dass unsere Gegenwart grundsätzlich erneuert wird, bevor die massive Korruption mit ihren letzten Resten ein Ende nimmt, so dass wir noch fähig sind, eine Ethik der Bürgerschaft zu pflegen.

Welches Bild von uns sehen wir, wenn wir über uns im Spiegel der Historischen Erinnerung nachdenken? Diejenigen Kräfte, die die Vergangenheit mit einer Decke von starker Gleichgültigkeit verhüllen, bekennen sich dazu, dass das Gestein gegenüber den Errungenschaften der Gegenwart begraben werden sollte, bis hin zu dem Preis, das ertragene Leid und die Opfer der vielen Menschen zu vergessen und als überflüssige Faktoren anzusehen, die leicht mit den Gewinnen aufgewogen werden, die die Zukunft bereithalte. Es gibt einen Anspruch darauf, sich zu weigern, die Leiden und

Ungerechtigkeiten der Vergangenheit zu vergessen, für eine Zukunft, die angeblich im Rückblick irgendeine Gerechtigkeit zugesteht: Keine der Hoffnungen, auf die sich diese Momente der Angst, der Desorientierung und des Zusammenbruchs beschränkten, sollten für immer zerstört und ohne Antwort bleiben. Die Historische Erinnerung versucht die Möglichkeiten wiederaufleben zu lassen, die in jedem einzelnen niedergeschlagenen Projekt unserer Vorfahren stecken. Es sind die Fäden, aus denen der Stoff einer gerechten, friedlichen und menschlichen Gesellschaft gewebt wird.

Es gibt wenigstens drei Gründe, die eine volle Gültigkeit und Entwicklung eines Gesetzes zur Historischen Erinnerung erfordern.

Zunächst ist es notwendig den Wert der Gerechtigkeit und der unveräußerlichen Menschenrechte zu verwirklichen. Die internationale Gesetzgebung stimmt darin überein, dass die Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht verjähren. Doch noch heute spazieren in aller Ruhe Folterer aus franquistischen Gefängnissen durch die Straßen unserer Städte. Der vielleicht offenkundigste Fall dürfte der von *Juan Antonio González Pacheco*, alias „Billy das Kind“ („*Billy el Niño*“) sein. Er war zwischen 1967 und 1982 in verschiedenen Funktionen Mitglied der franquistischen Polizei, unter anderem auch Kommissar der unheilvollen Geheimpolizei (*Brigada Político-Social*) und arbeitete danach in mehreren Privatunternehmen als Sicherheitschef. Er war unter diesem Spitznamen für seine großspurigen und einschüchternden Manieren bekannt, die an die typischen „schlechten“ Charaktere der Western erinnerten („*Billy the Kid*“).¹⁵

Der zweite Grund besteht in der Notwendigkeit, unsere politische und soziale Erziehung zu erneuern. Die Authentizität des Sozialvertrages auf dem der Rechtsstaat beruht, erfordert einen Prozess kollektiver Wiedergutmachung, die durch eine ehrliche Rekonstruktion unserer Vergangenheit erfolgt.

Und der dritte, aber wichtigste Grund besteht darin, dass die Historische Erinnerung – wohlverstanden als Wachsen gegenüber den Hypothesen, die mit den Strukturen der Diktatur noch heute aktiv sind – ein wesentliches Element zur Erneuerung und zum Wiederaufbau unseres politischen Wertesystems ist.

15 Ein argentinisches Gericht, das mit Fällen der franquistischen Diktatur befasst war, hat 2014 von Spanien die Auslieferung von González Pacheco beantragt. Der spanische Nationale Gerichtshof (*Audiencia Nacional*) lehnte diesen Antrag mit dem Vorwand ab, die ihm vorgeworfenen Verbrechen (Folter und Morde) seien Anordnungen gewesen. Vgl. dazu: María Fabra, *La Audiencia rechaza la extradición de Billy el Niño al estar prescritos los delitos*, in: *El País* vom 30.4.2014 (http://politica.elpais.com/politica/2014/04/30/actualidad/1398857175_118986.html; 26.8.2018).

Heutzutage kann man ihn in Madrid sehen, wie er mit seinen 71 Jahren gemütlich durch die Innenstadt schlendert und sich seiner großzügigen Pension erfreut, die noch wegen seiner „politischen Verdienste“ um einen zusätzlichen Betrag erhöht wurde. Kürzlich hat es der Innenminister der vorherigen Regierung, der *Partido Popular*, abgelehnt, eine solche Auszeichnung vom Parlament zurückzuziehen, wie es die Parteien und Vereinigungen der Linken gefordert hatten.

Es sind die Werte der sozialen Demokratie, die sich von einem kollektiven Bild nähren, das nicht die Unterdrückung von Schwachen rechtfertigt und nicht der Demütigung der Demütigten geschuldet ist. In diesem Sinne könnten wir sagen, dass der Sturm, in dem sich die Flügel des Engels der Geschichte verfangen und ihn zwingen unaufhörlich fortzuschreiten, aus der Abwesenheit von Reflexion und dem Verzicht auf den Verstand gemacht ist. Der Sturm verbunkert sich hinter der Konstruktion, dass das, was geschehen ist, eben geschehen ist. Geschichte ist Geschichte, das war's. Die Menschen, die so denken, haben die Vorstellung, dass das, was geschehen ist, keine Bedeutung für unsere Gegenwart und Zukunft hat. In unserer Zeit manifestiert sich in dieser Ablehnung der Historischen Erinnerung das systematische Vergessen einer fundamentalen moralischen Verantwortung, die uns zu Subjekten unseres Weges macht und nicht auf bloß passive Rezeptoren eines Diskurses von kapitalistischen und konsumistischen Eigentümern reduziert.

Gegenwärtig vereinigt das Konzept der Historischen Erinnerung die Bedeutung wichtiger republikanischer Grundbegriffe und bildet ein emblematisches Element (gemeinsam mit der Verteidigung der *Öffentlichkeit*¹⁶ und des Wohlfahrtsstaates), das politische Positionen der *Linken* von denen der Rechten oder der Reaktionäre trennt.

Das Gesetz zur Historischen und Demokratischen Erinnerung in Andalusien von 2017

Während einige Türen weiterhin verschlossen bleiben, sind andere dabei sich zu öffnen. Am 16. März 2017 verabschiedete das Andalusische Parlament – mit Zustimmung der *Partido Socialista* (Sozialistische Partei) und der linken Kräfte *Podemos* (Wir können) und *Izquierda Unida* (Vereinigte Linke) bei Abwesenheit der rechten Parteien – das Gesetz zur Historischen und Demokratischen Erinnerung von Andalusien (*La Ley de Memoria Histórica y Democrática de Andalucía*)¹⁷. Es ruft zur Gründung einer „Wahrheitskommission“ auf, die einen Bericht ausarbeiten soll, in dem Zeitzeugen und Dokumente über den Bürgerkrieg und die Verbrechen der Franco-Zeit erfasst werden. Dieser Bericht wird dann zunächst dem andalusischen Parlament sowie dem *Defensor del Pueblo Andaluz* (Verteidiger des andalusischen Volkes) und dem *Defensor del Pueblo Estatal* (Verteidiger des spa-

nischen Volkes)¹⁸ vorgelegt und danach beim *Congreso de los Diputados* (Abgeordnetenversammlung)¹⁹ eingereicht.

Das Gesetz legt einen Zeithorizont fest, der von der Gründung der Zweiten Republik am 14. April 1931 bis zum 11. Januar 1982 reicht, dem Tag an dem das Autonomiestatut von Andalusien in Kraft trat. Das Gesetz erkennt folgende Personengruppen als Opfer²⁰ an:

- a) Die Familienangehörigen der verschwundenen Personen.
- b) Die Personen, die wegen des Militärputsches und der Franco-Diktatur ins Ausland geflohen sind.
- c) Die Andalusierinnen und Andalusier, die Haft und Folter erleiden mussten und die, in vielen Fällen, in Nazi-Lagern gestorben sind.
- d) Die Neugeborenen, die ihren Eltern gestohlen und die ohne deren Zustimmung adoptiert wurden.
- e) Die Antifaschistischen Widerstandskämpfer, die die rechtmäßige Regierung der Zweiten spanischen Republik verteidigt haben.
- f) Die Männer und Frauen Andalusiens, die wegen ihrer sexuellen Orientierung unterdrückt worden sind.
- g) Alle Gruppen oder gesellschaftlichen oder beruflichen Bereiche, die eine besondere Unterdrückung erlitten haben.²¹
- h) Die politischen Parteien, Gewerkschaften, ethnische Minderheiten, Freimaurer, Frauenbewegungen und kulturelle Vereinigungen, die unter dem Franquismus Repressalien erlitten haben.
- i) Die Personen, die für die Zweite Republik Ämter ausgeführt haben oder als Angestellte oder Arbeiter für sie beschäftigt waren und Repressalien erlitten haben.
- j) Die Personen, die Freiheitsentzug erlitten haben, weil sie die Zweite Republik verteidigt oder Widerstand gegen das Regime ausgeübt haben.

Jede dieser Gruppen wird eine juristische und ökonomische Wiedergutmachung erhalten.²²

18 Der *Defensor del Pueblo* (Verteidiger des Volkes) ist für die Verteidigung der Grundrechte und Freiheiten der Bürger verantwortlich gleich welchen Alters, Nationalität oder Wohnortes. Er wird von der Abgeordnetenversammlung und vom Senat mit einer Mehrheit von drei Fünfteln gewählt. Seine Amtszeit dauert fünf Jahre und er erhält keine Befehle oder Anweisungen. Er genießt Unverletzlichkeit und Immunität. Vgl. dazu: Defensor del Pueblo (www.defensordelpueblo.es/el-defensor/que-es-el-defensor/; 8.9.2018).

19 Die spanische Verfassung (*Constitución*) begründet ein Zweikammerparlament (*Cortes Generales*) aus der Abgeordnetenversammlung (*Congreso de los Diputados*) und dem Senat (*Senado*). Vgl. dazu: Senado de España, Diccionario de términos (www.senado.es/web/diccionarioterminosparlamentarios/index.html; 8.9.2018); Walther Bernecker, Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, 6., neubearb., erw. Aufl. München: Beck 2018, S. 233 ff.

20 Vgl. dazu: Ley 2/2017, a.a.O., Artikel 5, S. 21

21 Die bekannteste solcher Berufsgruppen sind die Lehrerinnen und Lehrer der öffentlichen Schulen. Sie waren während des Bürgerkrieges und danach besonderer Gefahr und staatlicher Gewalt ausgesetzt.

22 Vgl. dazu: Ley 2/2017, a.a.O., Artikel 15, S. 25

16 Die Öffentlichkeit ist hier zu verstehen als ein metonymischer Ausdruck, der ein breites Spektrum umfasst wie die öffentlichen Dienste, die Republik, soziale und gemeinschaftliche Werte usw.

17 Ley 2/2017, de 28 de marzo, de *Memoria Histórica y Democrática de Andalucía*, in: BOJA (Boletín Oficial de la Junta de Andalucía) Nr. 63 v. 3.4.2017, S. 11-41 (www.juntadeandalucia.es/boja/2017/63/BOJA17-063-00197.pdf; 1.8.2018). Vgl. dazu: Junta de Andalucía: Memoria democrática (www.juntadeandalucia.es/temas/cultura-ocio/andalucia/historia-tradiciones/memoria-historica.html; 26.8.2018)

Das Gesetz bestimmt zugleich, dass die Inhalte, die mit der demokratischen Erinnerung verbunden sind, in den Curricula der verschiedenen staatlichen Schulformen von der ersten bis zur zwölften Jahrgangsstufe sowie in der Erwachsenenbildung verankert werden sollen.²³

In der Begründung für das Gesetz ist zu lesen:

„Der demokratische Staat hat eine Verpflichtung gegenüber denen, die für die Freiheit Opfer von Gewalt und Repression geworden sind. Diese Verpflichtung erstreckt sich auf alle Bürger, die das Recht auf Wahrheit besitzen, sowohl gegenüber der langen Geschichte von Verfolgung durch den Franquismus als auch gegenüber den Werten und Taten des demokratischen Widerstandes, den die Opfer repräsentieren.“²⁴

Das andalusische Gesetz zur Historischen und Demokratischen Erinnerung ist anspruchsvoller als das staatliche, spanische Gesetz, aber es ist auch in der Praxis gelähmt. Die Straßen andalusischer Städte tragen auch weiterhin Namen, die mit der Diktatur in Verbindung stehen; Gedenktafeln und Denkmäler bleiben erhalten, und die Suche nach Gräbern findet nur sehr langsam statt. In einem der berühmtesten Goteshäuser in Sevilla, der Basilika von La Macarena, befindet sich das Grab von General Gonzalo Queipo de Llano. Er war direkt verantwortlich für die schreckliche Repression, die in den Monaten nach dem Putsch Südspanien niederdrückte wie zum Beispiel die Ermordung von Federico Garcia Lorca und den heutzutage als „*La Desbandá*“ bezeichneten Massenmord an fliehenden Zivilisten²⁵. Mehr als 100.000 Zivilisten²⁶, – zumeist Kinder, Frauen und ältere Menschen – waren seit dem 7. Februar 1937 aus Angst vor den faschistischen Truppen tumultartig, panisch und ungeordnet aus der Stadt und der Provinz Málaga in die republikanische Zone nach Osten entlang der Küste in Richtung Almería geflohen. Die Menschen wurden gnadenlos vom Meer her und aus der Luft

beschossen.²⁷ Mindestens 5.000 Menschen wurden dabei getötet.²⁸ Obwohl es weniger bekannt ist, war dies während des Bürgerkrieges eines der schwersten Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, vergleichbar mit der Bombardierung der Stadt Guernica. In seinen Radionachrichten hatte General Queipo de Llano die Faschisten ermuntert, jeden, der sich auch nur dem neuen Regime zu widersetzen schien, „wie Hunde zu töten“, und er stiftete sie zur Vergewaltigung republikanischer Frauen an, „da sie als Anarchisten und Kommunisten Anhänger der freien Liebe sind“.²⁹ Die Forderung, dass ein solches Subjekt nicht mehr an einem Ort ruht, der für den öffentlichen Gottesdienst berühmt ist, rief in Sevilla großes Geschrei hervor.

Abgesehen von den logistischen Schwierigkeiten, die die gesetzlich verordneten Veränderungen mit sich bringen, müssen die öffentlichen Räume aufhören, ein Zeugnis der Unterwerfung unter den Faschismus zu sein und statt dessen zu einem Spiegel unserer demokratischen Überzeugung werden. Das Gesetz sagt es und unsere bürgerliche Moral verlangt es.

Geister der Vergangenheit

Unnötig zu sagen, dass auch die Historische Erinnerung, – wie alles, was die Identität von Menschen beeinflusst –, ambivalente Auswirkungen auf die öffentliche Meinung hat. Bis heute gibt es immer noch Bürgerinnen und Bürger der älteren Generation, die im Rückblick auf ihr Leben nur den Namen Franco finden, der fest mit dem Guten und dem Schlechten ihrer Vergangenheit verbunden ist.

Auf der anderen Seite aber sind derartige Eigenschaften mit denen ein Kollektiv seine Identität assoziiert und die bloße Merkmale ohne moralischen Sinn sind, im Rückzug begriffen. In den Fünfzigerjahren sind, um ein Beispiel zu geben, auf bis dahin ödem und kargem Boden quasi „aus dem Nichts“ zahlreiche Dörfer als landwirtschaftliche Kolonie aufgetaucht, die durch das Franco-Regime gefördert und dank der großzügigen Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten ermöglicht wurden.

23 Vgl. dazu: ebd., Artikel 47, S. 36

24 Ebd., S. 14

25 Der Ausdruck „*La Desbandá*“ entstammt dem andalusischen Dialekt und bezeichnet die „desbandada“, eine tumultartige, panische und ungeordnete Flucht. Später wurde diese ursprüngliche Bedeutung mit dem Angriff auf die unbewaffnete und fliehende Zivilbevölkerung auf der Straße von Málaga nach Almería und die an ihnen verübten Massaker der faschistischen Truppen verknüpft.

Der Schriftsteller Luis Melero veröffentlichte im Jahre 2005 den historischen Roman „*La Desbandá*“ über diese Ereignisse des Jahres 1937 (Roca Editorial, Barcelona 2005). Dem folgte dann 2015 die Fortsetzung (*Después de la Desbandá*, Ediciones del Genal, Málaga 2015). Vgl. dazu: *La Opinión de Málaga*, *La desbandá. 80 Aniversario de La Desbandá. La Masacre de la carretera Málaga – Almería del 7 de febrero de 1937* (<http://mas.laopiniondemalaga.es/especiales/ladesbanda/>; 13.9.2018).

26 In der Literatur gibt es unterschiedliche Angaben über die Zahl der in Richtung Almería Flüchtenden. In einer neueren Studie von 2016 geben zum Beispiel Andrés Fernández Martín und María Isabel Brenes Sánchez eine Anzahl von insgesamt 300.000 Menschen an (1937. *Éxodo Málaga Almería: Nuevas fuentes de investigación*. Editor: Aratispi Ediciones, Málaga 2016). Vgl. dazu: *La Opinión de Málaga*, a.a.O.

27 Die in Málaga erscheinende Tageszeitung *SUR* veröffentlichte 2007 den Dokumentarfilm *Febrero 1937*, in dem Männer und Frauen von ihren Erinnerungen an die Flucht im Februar 1937 erzählen, die sie als Kind erlitten haben (*La desbandá: los testimonios de la huida por la carretera Málaga-Almería*; www.diariosur.es/malaga/desbanda-testimonios-huida-20180206145526-nt.html; 16.9.2018). Vgl. weiterhin mit Zeugnissen von Überlebenden die Studie von Fernández Martín / Brenes Sánchez, a.a.O. sowie die historischen Augenzeugenberichte von Arthur Koestler, der sich als Journalist in Málaga aufhielt und von T.C. Worsley, dem Fahrer einer Rotkreuzeinheit (*Der spanische Bürgerkrieg in Augenzeugenberichten*. Herausgegeben und eingeleitet von Hans-Christian Kirsch. Ungekürzte Ausgabe von 1967, München: dtv 1971, S. 217-239).

28 Vgl. dazu: *La Opinión de Málaga*, a.a.O.

29 *Arenga del General Queipo de Llano, desde Unión Radio Sevilla, año 1937-8* (www.ivoox.com/arenga-del-general-queipo-llano-desde-union-audios-mp3_rf_26739593_1.html; 13.9.2018)

Nach der Teilung der Welt in zwei Blöcke, womit auch der Zweite Weltkrieg beendet war, hörte die US-Regierung auf, in Franco ein veraltetes Überbleibsel des besiegten Faschismus in Europa zu sehen. Sie betrachtete ihn nun als „Wächter des Westens“³⁰, der sich darum kümmerte, dass die Massen verarmter Spanier nicht den Verführungen des sowjetischen Kommunismus verfielen. Die Unterstützung der USA ermöglichte es dem Regime, einen Weg der wirtschaftlichen Erholung zu beschreiten, der Franco zum paradoxen Retter der absoluten Katastrophe machte, die er selbst verursacht hatte, indem er den monströsen Bruderkrieg provozierte.

Eines dieser neuen Dörfer ist das 1955 gegründete *Llanos del Caudillo* (Die Ebenen des Führers), in der Region *La Mancha*. Es hat Aufmerksamkeit in den Nachrichten erlangt, weil sich ein guter Teil seiner Einwohner in offenem Ungehorsam gegen die Anweisungen des Gesetzes zur Historischen Erin-

30 Diesen „Ehrentitel“ hat sich Franco selbst verliehen. Vgl. dazu: Paul Preston (2011): *Franco*. Editorial Debolsillo, Barcelona, passim.

nerung weigert, die Bezeichnung ihres Dorfes zu ändern.³¹ Wenn die Dorfbewohner diese Namensgebung beibehalten wollen, möchten sie ihren Ältesten vermutlich nominell ihre Ehre bezeugen; diesen Generationen, die sich anonym für das Wohl ihrer Kinder opferten, die in einem unwirtlichen Land arbeiteten, das der Staat ihnen zur Verfügung gestellt hatte.

Es ist jedoch immer noch wahr, dass Symbole niemals bloße Bezeichnungen sind. Der Terminus „*Caudillo*“ (Führer) wirft einen bedrohlichen Schatten auf die gemeinsame Geschichte, auf der die Ausübung unserer demokratischen Staatsbürgerschaft basieren muss.

31 Vgl. dazu den Dokumentarfilm von Lucía Palacios und Dietmar Probst, *Los colonos del Caudillo*, España, Alemania, 2013. Der Film ist unter dem Titel „Die Siedler Francos“ 2016 bei der Bundeszentrale für politische Bildung mit DVD, VOD und Unterrichtsmaterial von Ursula Vences in Deutsch und Spanisch erschienen (www.bpb.de/shop/multimedia/dvd-cd/230478/die-siedler-francos; 11.9.2018).